

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1999-2000)

Artikel: Ein Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer : wie und wie lange halten Menschen das aus?
Autor: Neitzke, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die zunehmende soziale und ökonomische Polarisierung in den Industriegesellschaften und ihre wachsende ethnisch-kulturelle Heterogenisierung werden am dramatischsten in der räumlichen Segregation von Stadtvierteln und ganzen Städten sichtbar. Im Zentrum der Arbeit des von Wilhelm Heitmeyer geleiteten Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld stehen Untersuchungen darüber, welche Entwicklungen in der gesellschaftlichen Integrations-Desintegrationsdynamik zu Problemen führen, die sich mehr und mehr in gewaltsam ausgetragenen Konflikten entladen. Schwerpunktmäßig arbeitet das Institut über die entwicklungs- und sozialpsychologische Genese von Stereotypen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus; erforscht die Zusammenhänge zwischen sozialer Identität, interethnischen Kontakten und kulturell-ästhetischen Präferenzen; verfolgt die Entwicklung rechtsextremistischer Tendenzen; beobachtet gesellschaftliche Desintegration, Sozialisation und Gewalt; analysiert fremdenfeindliche Gewalt in unterschiedlichen Institutionen, etwa in der Polizei; untersucht die gesellschaftlichen Desintegrations-

prozesse und ihre Auswirkungen auf ethnisch-kulturelle Gruppenbeziehungen und Konflikte in städtischen Kontexten und erforscht die Auswirkungen von ökonomischer und kultureller Globalisierung auf die innergesellschaftlichen Konflikte und Entstehungsbedingungen neuer autoritärer Bewegungen. Wilhelm Heitmeyer hat 1997 die zweibändige Aufsatzsammlung *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Was hält die Gesellschaft zusammen?* herausgegeben und, gemeinsam mit Rainer Dollase und Otto Backes, 1998 den Band *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Interview: Peter Neitzke

„In einem Georg Simmel gewidmeten Abschnitt seines Buches Moderne und Ambivalenz¹ schreibt Zygmunt Bauman, Simmel habe seinerzeit die „condition humaine [...] hinter der Fassade der totalisierenden Ambitionen der bestehenden Mächte“ gespürt: „hinter derselben sozialen Realität, die heute aus den Trümmern der gescheiterten technologischen Träume in all ihrer zersplitterten, fragmentarischen, episodischen Wahrheit zum Vorschein kommt“ – all das also, was die Gegenwart charakterisiert. Bauman ergänzt, Simmel habe „die imaginierte Totalität zu einer Zeit ihres Trugs“ überführt, „als die meisten seiner Zeitgenossen noch ihr Lob-

Ein Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer

Wie und wie lange halten Menschen das aus?

prozesse und ihre Auswirkungen auf ethnisch-kulturelle Gruppenbeziehungen und Konflikte in städtischen Kontexten und erforscht die Auswirkungen von ökonomischer und kultureller Globalisierung auf die innergesellschaftlichen Konflikte und Entstehungsbedingungen neuer autoritärer Bewegungen. Wilhelm Heitmeyer hat 1997 die zweibändige Aufsatzsammlung *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Was hält die Gesellschaft zusammen?* herausgegeben und, gemeinsam mit Rainer Dollase und Otto Backes, 1998 den Band *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Interview: Peter Neitzke

¹ Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Frankfurt am Main 1995, 228

lied sangen“. Derzeit angestimmte Loblieder geben sich zwar nicht mehr auf dieselbe Weise naiv totalisierend, folgen aber in ihrem ‚kompositorischen Impetus‘ im Grundsatz nach wie vor der Idee des traditionellen Zivilisationsprozesses. Ulrich Beck spricht zwar von der Auflösung des Fortschrittskonsenses, setzt aber zugleich auf die prinzipielle Lösbarkeit von durch die Moderne geschaffenen Problemen. Beispielsweise beim Thema Stadt. Die Unterscheidung zwischen Risiko als bestimmbarer, kalkulierbarer Unsicherheit und Gefahr als unbestimmter, unbestimmbarer, unkalkulierbarer Unsicherheit erlaubt ihm zu sagen: „Im Ausdruck ‚Risiko Stadt?‘ (der vielen als Schwarzmalerei erscheint) kommt [...] durchaus Optimismus zum Ausdruck.“² Wie beurteilen Sie diese Haltung angesichts der in dem von Ihnen mitherausgegebenen Band *Die Krise der Städte vorgelegten, Gefahren thematisierenden Befunde?*

Wilhelm Heitmeyer: Unbezweifelbar birgt jedes Risiko auch Chancen. Die Frage ist nur, ob gerade im Zusammenhang mit Stadt – das würde ja bedeuten, daß man den Städten insgesamt Handlungsspielräume zur Verfügung stellen müßte. Die Städte brauchen Zuwanderung, können sie aber zugleich gar nicht beeinflussen. Angesichts der Tatsache, daß ganze Industriezweige in den Städten wegbrechen und zugleich bestimmte Gruppen mit niedrigem Bildungsstatus nicht neu integriert werden können, weil den Städten die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, gibt es kaum Grund zum Optimismus – ich bin da skeptischer. Warum? Der Schweizer Sozialwissenschaftler Manuel Eisner hat deutlich gemacht, daß die Gewaltthematik, die ja ursprünglich ein Thema der ländlichen Gebiete war, im Laufe des Zivilisationsprozesses in die Städte eingewandert ist. Parallel zur Anzahl der Tötungsdelikte in den Städten zeigen sich zentrale Anomieindikatoren: vergleichsweise hohe Selbstmordraten, überdurchschnittliche Verarmung etc., Eisner hat das für einige Bereiche sehr plausibel machen können. Man muß also in der Tat sehr vorsichtig sein mit Optimismus verbreitenden Formeln, die bei genauerem Hinsehen und erst recht nach empirischen Erhebungen in den Städten zu wackeln beginnen.

In Ihrem Buchbeitrag *Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? heißt es, vieles spreche dafür, „daß die Desintegration der Stadtgesellschaft voranschreitet und Verteilungskonflikte (um Ressourcen und Sozialräume), Rangordnungskonflikte (um Positionen und Anerkennung), Regelkonflikte (um die Gültigkeit von Werten und Nor-*

² Ulrich Beck, *Risiko Stadt – Architektur in der reflexiven Moderne*, in: Schwarz, Ulrich (Hg., unter Mitw. von Dirk Meyhöfer) *Risiko Stadt? Perspektiven der Urbanität*, Hamburg 1995, 35

3 Wilhelm Heitmeyer,
*Versagt die
 „Integrationsma-
 schine“ Stadt?*
 Zum Problem der
 ethnisch-kulturel-
 len Segregation
 und ihrer
 Konfliktfolgen,
 in: *Die Krise der
 Städte. Analysen
 zu den Folgen
 desintegrativer
 Stadtentwicklung
 für das ethnisch-
 kulturelle
 Zusammenleben*,
 hg. von Wilhelm
 Heitmeyer,
 Rainer Dollase
 und Otto Backes,
 Frankfurt am
 Main 1998, 458

men) sich sehr viel deutlicher als bisher über Gruppen und Gemeinschaftsphänomene – quasi in Form von ‚Parallelgesellschaften‘ – ausdrücken“.³ Der Stadtraum avanciere „zum kollektiven Kampfgebiet zur Überwindung individueller Ohnmachtserfahrung“. Ob die „Integrationsmaschine“ Stadt versage, hänge – wenigstens was die ethnisch-kulturellen Konflikte im und um den städtischen Sozialraum betrifft – von diversen Einflußgrößen ab: von der Arbeitsmarktstruktur (bzw. davon, ob sich der Arbeitsmarkt Migranten weiter verschließt oder öffnet), ob sich ghettoaartige Strukturen herausbilden und verfestigen, ob wohlhabendere Bezirke solcher Tendenz fliehen etc.

Es gibt Hinweise darauf, daß die Krise der Städte vor allem eine Krise von Stadtteilen ist. Die aber hat notwendigerweise Auswirkungen auf die gesamte Stadt. In einigen größeren Städten summieren sich erhebliche Probleme, denken Sie etwa an Hamburg-Wilhelmsburg oder an Duisburg-Marxloh. Wir kennen entsprechende Entwicklungen aus amerikanischen Untersuchungen. Hier vollziehen sie sich langsamer.

Die Stadtsoziologie hat bereits vor Jahren die Frage nach der Amerikanisierung der deutschen Städte gestellt.

Die Frage ist wirklich, ob wir nicht in ein schwieriges Gelände hineingeraten, etwa wenn man sich ansieht wie das Steuerungspotential über den sozialen Wohnungsbau dermaßen abnimmt, daß der Wohnungsbau in der Tat auf eine soziale Entmischung hinausläuft – die Wirtschaft geht längst dazu über, aus der Not eine Tugend zu machen nach dem Motto: Wir lassen jetzt homogene Wohngebiete zu, weil anderes gar nicht mehr möglich zu sein scheint. Die Thematik der homogenen, teilweise ethnischen Kolonien ist lange Zeit – vor allem für die erste Migrantengeneration – als besonders positiv eingeschätzt worden. Ob allerdings die dritte Generation, die ja jetzt in Deutschland heranwächst, davon profitiert, ist sehr zu bezweifeln – unsere These ist, daß das nicht der Fall ist. Es gibt neuere Untersuchungen, denen zufolge es sich hier um eine Mobilitätsfalle für die jungen Migranten handelt. Es kommt dann notwendigerweise zu einer Fragmentierung beziehungsweise Desintegration der Stadtgesellschaft auf eine solche Weise, daß man den Begriff Stadtgesellschaft eigentlich gar nicht mehr verwenden kann.

Sie haben im Juni eine stadtsoziologische Forschungsarbeit abgeschlossen. Könnten Sie die wesentlichen Ergebnisse skizzieren?

Es handelt sich um eine größere Studie, die mit neun verschiedenen Teilprojekten und Teilperspek-

tiven drei Städte mit unterschiedlichem ökonomischen Hintergrund und unterschiedlich zusammengesetzter Bevölkerung etc. untersucht: Duisburg, Wuppertal, Münster. Wir haben Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, Jugenduntersuchungen mit größeren Stichproben gemacht, wir haben herauszufinden versucht, welche Funktion die Migrantenorganisationen für die Integration haben, welche Rolle die Polizei spielt, welche Funktion die Sportvereine haben, insbesondere die Fußballvereine, ob sie sich stärker ethnisieren oder für die Konfliktregulation eventuell positive Funktionen haben etc. – dieses vielfältige Bild immer fokussiert: Wie stark ist eigentlich eine Stadtgesellschaft integriert? Wie stark sind Teile der Bevölkerung, die in bestimmten Stadtteilen wohnen, bereits desintegriert? Was bedeutet das für die Konflikte in den Stadtgebieten? Die Forschungsarbeit ist inzwischen abgeschlossen, die Ergebnisse werden demnächst publiziert.

In Walter Siebels Besprechung des Buches Die Krise der Städte (CENTRUM. Jahrbuch Architektur und Stadt 1998–1999) heißt es, Sie polemisierten „gegen die Befürworter residentieller Segregation“ und verdächtigten sie „als Ideologen einer auf Ausgrenzung bedachten reaktionären Mehrheit“. Ich kann diese Kritik insofern nicht nachvollziehen, als ich bei Ihnen den Hinweis gefunden habe, das Konzept „Integration durch Separation“ sei vor dem Hintergrund der anomischen Entwicklungen der Gesellschaft „mit großer Skepsis zu betrachten“.⁴ Zudem haben Sie ja deutlich gemacht, daß es gute Gründe gebe, die Frage ‚Integration oder Segregation?‘ nicht eindeutig zu beantworten, weder begrifflich noch praktisch. Worauf will Siebels Kritik Ihres Erachtens hinaus? Trifft die Kontrastierung Segregation: Integration überhaupt noch den Kern des Problems?

Ich habe unterschieden zwischen funktionaler und struktureller Segregation. Die funktionale Segregation ist zeitweilig – etwa wenn man den Migrationsprozeß verfolgt – durchaus sinnvoll für die erste Migrantengeneration. Strukturelle Segregation wird zum Problem, insbesondere für die dritte Generation – nicht zuletzt angesichts der Tatsache, daß zahllose Arbeitsplätze in Industriebereichen mit vergleichsweise geringen Arbeitsqualifikationsanforderungen wegfallen, Qualifikationen, die Migranten relativ leicht erwerben konnten oder die bereits vorlagen. Wenn die Städte überhaupt in der Lage sind, für diese weggefallenen Arbeitsplätze Ersatz zu schaffen, dann in sogenannten High-Tech-Bereichen beziehungsweise in Bereichen mit neuen und vor allem höheren Qualifikationsanforderungen.

4 Wilhelm Heitmeyer,
*Gesellschaftliche
 Integration, Anomie
 und ethnisch-kulturelle
 Konflikte*,
 in: *Was treibt die
 Gesellschaft auseinander?
 Bundesrepublik
 Deutschland:
 Auf dem Weg von
 der Konsens- zur
 Konfliktgesellschaft*,
 Bd. 1, hg. von Wilhelm
 Heitmeyer, Frankfurt
 am Main 1997, 645

Wenn jugendliche Migranten dann aber sehen, daß der Anschluß von der schulischen an eine berufliche Ausbildung auch bei Teilen der deutschen Jugend in den Städten so nicht mehr funktioniert, dann werden einige von ihnen den relativ steinigen und auch unkalkulierbaren Weg über erhöhte Bildungsanstrengungen nicht mehr gehen, sondern sich deutlicher der eigenethnischen Community zuwenden, auch der eigenethnischen Ökonomie – in der Hoffnung, dort Arbeitsplätze zu finden und dort integriert zu werden.

Was ja teilweise auch gut funktioniert.

Richtig. Aber die Quoten der Migranten ohne Berufsausbildung sprechen eine deutliche Sprache. In Frankfurt am Main geht man davon aus, daß nur etwa 30 Prozent der ausländischen Jugendlichen sich in einer regulären Ausbildung befinden und weitere 30 Prozent in sogenannten Warteschleifen stecken; der Rest ist statistisch überhaupt nicht aufzufinden. Nun kann dieser Rest zwar sehr tatkräftig das eigene Leben gestalten – aber es geht ja um ganz normale Aufstiegsambitionen, auch und gerade der jugendlichen Migranten, deren Maßstab ja die deutsche Gesellschaft ist. Was, wenn sich diese Ambitionen als nicht mehr realisierbar herausstellen? Dann bleiben die über die strukturellen Probleme in den Städten erzeugten und durch die soziale Segregation in den Stadtvierteln noch einmal richtig abgedichteten Mobilitätsfallen. An unserer interdisziplinär angelegten Städtestudie haben unter anderen auch Raumplaner mitgewirkt, die die Bildung ethnischer Kolonien zunächst sehr optimistisch betrachtet haben. Je mehr sie aber den Alltag in den Städten beziehungsweise Stadtteilen kennenlernten, desto distanzierter waren sie gegenüber einem Konzept, das meines Erachtens heute überhaupt nicht mehr der Situation gerecht wird – wenn man die einzelnen Migranten, gerade auch die jüngeren unter ihnen, als Menschen ernstnimmt, die sich in einem Individualisierungsprozeß bewähren wollen und müssen. Angemerkt sei allerdings, daß Individualisierungsschübe sehr ambivalent sind; wir haben ja nicht nur große gesellschaftliche Freiräume, sondern auch die entsprechenden Risiken, die zu bearbeiten sind. Man muß aufpassen, daß man aus den in bestimmten Stadtteilen beobachteten Entwicklungen nicht im Handumdrehen eine Handlungsmaxime macht, der zufolge man eigentlich schon immer haben wollte, was sich jetzt über ökonomische Prozesse sozusagen hinter unserem Rücken entwickelt. Diesen Eindruck habe ich vielfach, wenn auch für die dritte Generation eine Segre-

gation als fast wünschenswert dargestellt wird. Entsprechend war auch die Kritik an Walter Siebels Position auf der letzten WohnBund-Konferenz gemeint. Ich war insofern überrascht, als zahlreiche Migrationsforscher diese Position vielfach gar nicht mehr teilen – mit Ausnahme derer, die das aus ideologischen Gründen immer noch für das Non-plus-ultra halten.

Ich hatte immer wieder den Eindruck, daß viele von denen, die sich in der Multikulturalismusdebatte engagieren, nicht anders als jene, die Integration und Segregation als alternative ‚Modelle‘ diskutieren – unabhängig davon, daß niemand das Schicksal derer teilen muß, über die er redet –, existentiell an der Frage nicht wirklich interessiert sind. Sie leben ohnehin dort, wo diese Fragen bislang wenigstens gar nicht virulent sind. Das ist ganz eindeutig so. Mit der Realität des Alltags in den segregierten Stadtteilen haben sie offensichtlich wenig oder nichts zu tun.

In der Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft überschriebenen Einleitung zu dem von Ihnen herausgegebenen Band Was treibt die Gesellschaft auseinander? erinnern Sie an den französischen Soziologen Emile Durkheim. Schlüsselbegriff seiner Analysen sei das Konzept der Anomie: „Auslöser für eine Gefährdung der gesellschaftlichen Integration waren seiner Ansicht nach tiefe Veränderungen in der sozialen Struktur innerhalb sehr kurzer Zeit.“⁵ Während die klassischen Autoren der Soziologie noch hofften, daß die gesellschaftliche Differenzierung anomische Erscheinungen im Laufe des Modernisierungsprozesses zum Verschwinden bringen würde,⁶ bezeichnen Sie gesellschaftliche Anomie als nicht nur „episodenhaft wiederkehrendes Übergangsphänomen“, sondern als „andauernden Zustand mit ungewissem Ausgang“, als „strukturelles Merkmal moderner Industriegesellschaften“⁷ – wenn man Anomie als strukturelles Merkmal moderner Industriegesellschaften charakterisiert, dann frage ich, worin sich ein solcher Befund prinzipiell von demjenigen unterscheidet, den Marx vor rund 150 Jahren formuliert hat. Wie lebt eine Gesellschaft mit andauernder und zunehmender Entregelung beziehungsweise Regellosigkeit? Und mit welchen Perspektiven?

Wir sprechen in unseren Analysen von Integrations- und Desintegrationsdynamik. Mit anderen Worten: nicht von einer linearen Entwicklung – weil wir wissen, daß es immer auch Gegenbewegungen gibt. Die Frage ist allerdings, wie bestimmte Politikfelder innerhalb dieser Dynamik sich verschieben. Wie in Gesellschaften mit zunehmenden Ungleichheitsphänomenen, wie der deutschen oder zumal der amerikanischen, die Politik – teilweise äußerst ge-

5 Wilhelm Heitmeyer, Einleitung: *Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft*, in: a. a. O., 9 f

6 A. a. O., 18 f

7 A. a. O., 16

schickt und offensichtlich ohne Fragen gewärtigen zu müssen – die Idee und die Möglichkeiten der sozialen Sicherung als eines ‚Klebstoffs‘ der Gesellschaft mehr und mehr zugunsten maximaler öffentlicher Sicherheit vernachlässigt, ist meines Erachtens eines der zentralen Probleme. Wenn Sie sich die Überwachungsindustrie insgesamt ansehen oder das, was in Britannien in den Städten bis zur Perfektion entwickelt ist, wo man den Tagesablauf beliebiger Personen über das Verfolgen verschiedener Kameras und zusammenschalteter Computer rekonstruieren kann, dann läßt sich ahnen, wie das Wegbrechen von sozialer Kohäsion durch andere Mechanismen substituiert wird. Wie diese Art von Entregelung beziehungsweise diese Setzung neuer Regeln und neuer Sicherheitsmerkmale offensichtlich den Zweck verfolgt, die Gefahr eines massiven Anwachsens von Gewalt als wichtigem Indikator von Anomie unter Kontrolle zu halten. Die amerikanische Gesellschaft rühmt ja das sichtbare Sinken der Kriminalitätsraten bei bestimmten Sozial- oder Altersgruppen – eine ziemliche PR-Leistung. Sieht man aber genauer hin, dann hat das zu einem erheblichen Teil – nicht ausschließlich, auch die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt spielt sicherlich eine Rolle – seinen Grund darin, daß bestimmte Gruppen einfach aus dem Stadtbild verschwinden, weil man sie wegsperret. So aber wird die soziale Desintegration zeitlich nur verschoben. Die Privatisierung von Sicherheit, wie sie sich in den Vereinigten Staaten entwickelt, hat dazu geführt, daß Gefängnisse zu einem eigenen Marktelement werden, und dieser Markt muß sich notwendigerweise seine eigene Nachfrage schaffen.

Es fällt auf, daß die Menschen, die man darüber befragt, was sie von der Überwachung des öffentlichen Raums und der Speicherung ihrer Gesichter und Bewegungen denken, in der Mehrzahl nichts dagegen einzuwenden haben. Welche Perspektiven hat ein gesellschaftlicher Zusammenhalt, wenn er sich negativ über die Unterwerfung unter anonymisierte Machtapparate definiert?

Ich habe den Eindruck, daß der Untertan gar nicht verschwunden ist. Eine ziemlich problematische Entwicklung, denn dann sind ja andere autoritäre Muster jederzeit wiederbelebbar. Die Unterwerfung unter anonyme Machtapparate ist es, die einem Kopfzerbrechen bereiten könnte. – Aber lassen Sie mich noch einmal auf die Integrations-/Desintegrationsthematik zurückkommen. Meines Erachtens geht es nach wie vor um die Integration in eine Gesellschaft, in die Funktionssysteme Arbeit, Bildung

etc. Was aber geschieht, wenn Teile gerade der jüngeren Generation keine Antwort mehr auf die Frage ‚Wer braucht mich?‘ erwarten dürfen und es kaum Ideen dazu gibt, wie das so entstehende Anerkennungsdefizit ersetzt werden kann? Die alten Anerkennungsmuster, wie Prestige, Status etc., sind vielfach längst außer Kraft gesetzt, man setzt statt dessen auf alles Mögliche, auf Globalisierung, auf weltweites Wachstum. Wenigstens einige Wirtschaftswissenschaftler gehen sehr kritisch mit all den neuen Prophezeiungen um; sie weisen darauf hin, daß die Produktivitätsrate im Dienstleistungsbereich inzwischen höher liege als im industriellen Sektor, was nicht nur bedeutet, daß sich Arbeitsmarktstruktur, Integrationsprobleme etc. dramatisch verändern. Auch der Dienstleistungsbereich wird Rationalisierungswellen durchlaufen, die in ihn gesetzten Arbeitsplatzhoffnungen dürften sich so kaum erfüllen. Hier stimme ich durchaus mit Ulrich Beck überein. Er spricht von einer Brasilianisierung des Arbeitsmarktes. Dieser Typus von Unterbeschäftigung wird sich ohne Zweifel ausbreiten. Die uns speziell interessierende Frage lautet: Wieviel Desintegration im Verhältnis zur sogenannten und inzwischen ja nicht mehr als Regelerwartung geltenden Normalbiographie und zum sogenannten Normalstandard hält eine Gesellschaft aus, die ja, wie die deutsche, sehr stark am System der Arbeitsgesellschaft hing und immer noch hängt? Ich bin unsicher, wie sich all das weiterentwickeln und was das auch und insbesondere für die Kohäsion einer Stadtgesellschaft heißen wird. Ich plädiere dafür, den Begriff Stadtgesellschaft trotz der skizzierten bedrohlichen Entwicklungen sehr stark zu machen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die lokalen ökonomischen Eliten der Stadt und der Stadtgesellschaft mehr und mehr fern bleiben, während sie ja doch eigentlich Verantwortung übernehmen müßten; daß Berliner Immobilienbesitzer entweder in New York oder Sidney wohnen und überhaupt keine Neigung verspüren, irgend eine Art von Verantwortung für das soziale Gewebe der Stadt ihrer Investitionen zu tragen, dann muß man sich natürlich fragen, welche Bedeutung der Begriff Stadtgesellschaft überhaupt noch haben könnte.

Daß die ökonomisch Mächtigen – soll man wirklich von Eliten reden? – keine Beziehungen mehr zu den Gesellschaften unterhalten, denen sie wenigstens ihre Reisepässe noch zurechnen, bestätigt der französische Sozialwissenschaftler Denis Duclos.⁸ In einem im August letzten Jahres in der deutschen Ausgabe von Le Monde diplomatique publizierten Beitrag spricht er von einer

⁸ Denis Duclos, *Eine neue Klasse löst die alten Führungsschichten ab. Die Internationale der Hyperbourgeoisie*, Le Monde diplomatique, 8 (August) 1998

9 Wilhelm Heitmeyer, *Gesellschaftliche Integration ...*, 646

30

sich herausbildenden Hyperbourgeoisie, er nennt sie eine „neue, lohnabhängige Bourgeoisie, deren Ambitionen die nationalen Mittelschichten bedrohen“: Der letzte Zweck ihres Geldes liege darin, „die Welt der Dinge im Börsengeschehen aufzulösen“. Diese neue Klasse kennt keinerlei soziale und lokale Bindungen und pfeift deswegen auf die gesellschaftlichen Konventionen, wie sie ja auch Stadtgesellschaften prägen. Wenn sich in den europäischen Ländern – trotz ganz anderer ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen – ähnliche Verhältnisse entwickeln wie in Mexico City, wo ganze Abteilungen der Stadt geschlossene Bezirke des Wohlstands sind, oder in São Paulo, Buenos Aires – praktisch überall ist es der Drogenhandel, der die Gesellschaften dieser Metropolen zersetzt – oder in Moskau, dürfte es schwierig werden, an einem Begriff von Urbanität festzuhalten, mit dem eine „geregelte soziale Gleichgültigkeit zwischen einander Fremden auf der Basis einer gesicherten systemischen Integration“⁹ gemeint ist. Ist nicht – erst recht nach allem, was Sie beobachten – zu erwarten, daß die ‚Modernisierung‘ den Begriff Stadtgesellschaft in die Archive der Sozialgeschichte verbannt? Daß er sich dereinst als Traum von einer Illusion besichtigen läßt?

Das will ich überhaupt nicht ausschließen. Sie haben völlig recht: Die international durchgesetzte shareholder value-Praxis und das Bild von Stadtgesellschaft, an dem wir hängen, haben miteinander nicht mehr sehr viel zu tun.

Sie sprechen über eine andere Dimension gesellschaftlicher ‚Modernisierung‘ in Ihrem Aufsatz *Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte*. Dort diskutieren Sie unter anderem die Perspektiven der demokratischen Gesellschaft und sagen: „Die bisherige Wirtschaftsphilosophie ‚Wachstum schafft Arbeitsplätze‘, werde „endgültig und offenkundig zur Wachstumsideologie“. Wachstum aber verschärfe „mitsamt einer prosperitätsorientierten Politik“ die „Bastionen von Ungleichheit“. Die besonders „tragische“ – im antiken Sinne verstanden ausweglose – „Pointe“ sei, „daß diese Ungleichheit mit ihren vielen Facetten der ökonomischen, sozialen und kulturellen Desintegration v. a. in den florierenden Wirtschaftszonen“ zunehme. Sie zitieren Amitai Etzioni mit einer Äußerung aus dem Jahre 1995 mit der äußerst pessimistischen Prognose: „Eine demokratische Gesellschaft hält das Tempo der Marköffnung, wie es jetzt angeschlagen wird, nicht durch“¹⁰ und sagen dann: Die von Etzioni vorgeschlagene Reduzierung des Entwicklungstempos der Modernisierung – das Sie andernorts als „historisch unvergleichliche Veränderungsgeschwindigkeit“ und „als eine Erscheinungsform der Radikalisierung der ‚Moderne‘“¹¹ be-

10 A.a.O., 633f
11 Wilhelm Heitmeyer, Einleitung: *Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft*, in: *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, a.a.O., 13

zeichnen – habe wegen eines fehlenden institutionellen und prozessualen Bremsmechanismus keine Chance, sie löse die „ökonomischen Strukturprobleme der Abkoppelung von Kapital und Arbeit“ nicht – ich würde ergänzen: Die der Kapitalbewegung immanenten Gesetzmäßigkeiten wirken einer Drosselung der Geschwindigkeit entgegen. Alles andere als pessimistisch, sondern realistisch heißt es dann bei Ihnen, der „materielle Verlust als Effekt der ersten Option“ – Reduzierung des Entwicklungstempos – erscheine „nicht mehrheitsfähig, wohl aber der Demokratieabbau bei Wohlstandserhaltung für deutungs- und mobilisierungsfähige Milieus“. Weswegen einiges für eine zweite Option spräche, „die auf eine Demokratiereduzierung hinauszulaufen scheint, um die desintegrativen Prozesse kontrollieren zu können“. Wenn das eine Analyse eines unter unseren Augen vor sich gehenden Prozesses ist, dann ist das für eine Gesellschaft wie die, in der wir leben, hoch gefährlich. Woran denken Sie, wenn Sie die Folgen dieser Option für die Gesellschaft der Bundesrepublik skizzieren sollten?

Ich hoffe sehr, daß sich diese Art Demokratieabbau bei Wohlstandserhaltung für bestimmte deutungsmächtige Milieus nicht durchsetzt. Mit Demokratieabbau meine ich: den privatisierten Sicherheitsapparat, die Abschottung von den negativen Entwicklungen in dieser Gesellschaft, indem man ganze Viertel mehr oder weniger sich selbst überläßt ...

... oder andere versiegelt ...

... zwei Seiten ein und desselben Prozesses. In verschiedenen Städten nimmt die Zahl der sogenannten gated communities zu, private Sicherheitsdienste sind nicht allein in den Villenvierteln von Köln aktiv. Demokratieabbau heißt übrigens auch, daß Politik mehr und mehr sich als Politiktheater präsentiert in demselben Maße, wie sich das Verhältnis von Ökonomie und Staat umkehrt. Die Wirtschaft bestimmt die Standorte und treibt die Politik vor sich her. Wie läßt sich unter diesem Druck die Entwicklung der Demokratie überhaupt noch im Griff behalten? Wenn ich nicht ganz falsch liege, dann steuern die ökonomischen Strukturen der Großen Konzerne anonyme Kontrollinstanzen aus der Hochfinanz, die alles andere im Sinn haben, als Verbindungen zwischen den Nationalstaaten oder nationalen Gesellschaften und den entsprechenden Ökonomien aufrechtzuerhalten – zur Beruhigung werden Hoffnungen verbunden mit der Option, der zufolge sich neue regulierende transnationale demokratische Institutionen formieren; derlei läßt sich meines Erachtens derzeit nicht erkennen, und wenn

dem anders wäre, müßte gefragt werden, was das alles für das Leben der Menschen ‚hier unten‘ heißt. In den in unserer Studie untersuchten Stadtteilen ist das alles sehr weit weg, gerade in den hoch segregierten Quartieren ist das Vertrauen in die Politik oder auch in die Demokratie maßlos gesunken. Feststellen läßt sich auch – auch dies ein deutlicher Hinweis auf die Entsolidarisierung in Stadtgesellschaften –, daß die sogenannten besseren Stadtviertel beziehungsweise die dort Lebenden absolut kein Interesse an einem innerstädtischen Ausgleich haben, der dazu führen könnte, daß über die Integration einer Stadtgesellschaft und das spürbare Sehen von Solidaritätsaktivitäten innerhalb von Stadtgesellschaften sich auch wieder das Bewußtsein für demokratische Prozesse gerade bei den ökonomisch und sozial Schwächeren erhöhen könnte. Aber das alles ist überhaupt nicht zu sehen. Jeder Versuch, die reichen Wohnviertel dazu zu bewegen, mehr in bestimmte Infrastruktureinrichtungen einzuzahlen als die Bewohner sozial schwacher oder ökonomisch belasteter Wohnviertel, verfängt natürlich überhaupt nicht – ein hoffnungsloses Unternehmen.

An zahlreichen Stellen Ihrer Aufsätze sprechen Sie von Zerreißproben, denen sich die Gesellschaft ausgesetzt sehe. Dem ethnisch-kulturellen Zusammenleben in städtischen Kontexten stünden „angesichts der Anomieentwicklung [...] enorme Konflikte bevor“. Wo liegt – angesichts der Tatsache, daß eine „steigende Anzahl von Menschen [...] der Zerreißprobe zwischen zunehmenden soziokulturellen Optionen und abnehmenden sozioökonomischen Realisierungschancen“¹² unterliegt – die Perspektive, wenn soziale und ökonomische Polarisierungen, wie es scheint, unaufhaltsam zunehmen? Könnte „enorme Konflikte“ heißen: „sozialer Krieg“? Zugespitzt: Wie lange läßt sich diese Polarisierung wegdiskutieren?

Zunächst muß man auf die Funktion von Konflikten eingehen. Der herrschende Konfliktbegriff ist ja in erster Linie negativ konnotiert. Wenn man sich jedoch die konflikttheoretischen Überlegungen verschiedener Autoren ansieht und auch die Konfliktpraxis im Alltag betrachtet, dann muß dies ja nicht unbedingt so sein. Es gibt ja eine durchaus produktive Funktion von Konflikten. In einem sozialen Zusammenhang werden sich die Menschen erst im Konflikt ihrer eigenen Position und ihrer eigenen Wertvorstellungen wirklich bewußt.

Für mich heißt die Frage: Wie kommt man aus der negativen Besetzung des Konfliktbegriffs weg? Ich bin da eher pessimistisch. Es gibt ja Chancen – er-

stens, wenn man beispielsweise in ethnisch-kulturellen Zusammenhängen, was Coser ja immer betont, in der Lage ist, einen gemeinsamen Hintergrundkonsens zu formulieren. Zweitens müssen wir uns fragen, ob wir in der Lage sind, Institutionen auszubilden, die Konflikte moderieren. Drittens schließlich müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es so etwas gibt wie cross-cuttings, das heißt, daß sich Konfliktlinien nicht als einfach darstellen, sondern in der Regel sehr komplex sind. Einiges wird meines Erachtens davon abhängen, ob man – konfliktscheu – darauf hinaus will, Konfliktpotentiale zu unterdrücken, statt sie offensiv anzugehen. In den Städten und Stadtteilen gibt es eine ausgeprägte Konfliktangst, die Dinge werden nicht offen auf den Tisch gelegt. Dies liegt daran, daß wir es in der Regel mit asymmetrischen Konflikten zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu tun haben. Das hat negative Folgen. Wenn sich jemand aus der Mehrheit kritisch gegen Minderheiten äußert, dann wird das teilweise per se als Fremdenfeindlichkeit angesehen. Umgekehrt hat die Minderheit wenig Chancen, in der öffentlichen Debatte gegen rassistische Äußerungen vorzugehen. Die Frage ist also, wie man überhaupt mit Konflikten umgeht, um sie auch positiv zu gestalten. Ich plädiere sehr stark dafür, Konflikte ernster zu nehmen und zu versuchen, offensiver mit ihnen umzugehen.

Neue Institutionen zur gesellschaftlichen Moderierung von Konflikten oder offensiver Umgang mit Konflikten – die Frage ist ja gerade, ob die gesellschaftliche Realität diese Optionen von oben überhaupt noch zuläßt, weil den gesellschaftlichen Leitungsorganen nicht anders als den Ideologiebildnern die Regie über die sozialen Konflikte zunehmend aus der Hand gleitet – die Installation von Überwachungs- und Kontrolleinrichtungen bietet sich da als Lösung an. Ob den Leitungsorganen die Regie über soziale Konflikte zunehmend aus der Hand gleitet, hängt nicht unentscheidend auch davon ab, ob eine Industriegesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland das Thema ‚Perspektiven der Arbeit‘ als ein grundsätzliches oder strukturelles Problem betrachtet und gesellschaftlich bearbeitet, oder ob sie sich wie bislang weigert, eine strukturelle Krise der Arbeitsgesellschaft zu konstatieren und deswegen die auftretenden Probleme beispielsweise über den Niedriglohnsektor des Dienstleistungsbereichs lösen zu können meint. Dies angesichts der von führenden Wissenschaftlern, Managern und Politikern geteilten Prognose, daß 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im 21. Jahrhundert ausreichen werden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten – ein Fünftel aller Arbeits-

12 Wilhelm Heitmeyer, *Gesellschaftliche Integration ...*, 635

13 Hartmut Häußermann, *Soziale Formationen in der Stadt*, Redebeitrag auf dem Kongreß, *Die Stadt – Ort der Gegensätze* (Oktober 1995), veranstaltet von der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: *Die Stadt – Ort der Gegensätze*, Sondernummer der Zeitschrift *Demokratische Gemeinde. Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik*, März 1996, 48

32

*suchenden, berichten Martin und Schumann in ihrem Buch Die Globalisierungsfalle, „werde genügen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die Weltgesellschaft leisten könne“. Wenn es eine – vielfach bestrittene – strukturelle Krise der Arbeitsgesellschaft gibt, deren Antinomien mit dem bisherigen Politik- und Ökonomieverständnis und angesichts der realen Interessenskoalitionen nicht aufhebbar sind, müssen wir dann nicht davon ausgehen, daß die Überflüssigen in großer Menge sichtbar werden und nicht länger stumm bleiben? Daß wir, wie Hartmut Häußermann befürchtet, „sozialräumlichen Strukturen in den Städten entgegengehen, die eher an das 19. Jahrhundert gemahnen, als ein erfreuliches 21. Jahrhundert zu antizipieren“?*¹³

Hartmut Häußermann hat das ja sehr zugespitzt auf die Situation der stark fragmentierten Städte. In der Tat spricht einiges dafür, daß Segregation und Fragmentierung sich weiterentwickeln. Migranten bestätigen diese Tendenz. Viele wollen in den von ihnen überwiegend frequentierten Gebieten nicht wohnen bleiben, kommen dort aber gar nicht mehr heraus. Wer aber raus kann, zieht raus. Wenn sich der Arbeitsmarkt im Sinne der von Ulrich Beck als Brasilianisierung bezeichneten Weise verändert und sich auch die Einkommensentwicklung negativ und weiter polarisierend verändert, dann stellt sich allerdings die Frage, ob und wie die Politik noch in der Lage ist, in diese Entwicklung einzugreifen – oder ob ihr kein anderer Weg bleibt, als die soziale Sicherung durch eine Politik der öffentlichen Sicherheit zu ersetzen, unter Umständen das einzige Instrument, das die Politik noch in der Hand hat: sogenannte Sicherheitspartnerschaften, Sicherheitsnetze etc. Die Sache ist höchst ambivalent – was für jeden einzelnen durchaus hilfreich sein kann, kann nicht Maxime der Politik sein. Wenn man den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Situation wirft, ist das Sicherheitsprogramm ein ziemliches Desaster. Die meines Erachtens zentrale Frage ist die, woher beziehungsweise von wem alle diejenigen, die sichtbar sind, aber nicht mehr gebraucht werden, ihre gesellschaftliche Anerkennung bekommen. Die gesellschaftlichen Gruppen, von denen hier die Rede ist, werden mehr und mehr sichtbar, zugleich aber nicht mehr wahrgenommen. Sie sind da und werden zugleich laut beschwiegen. Wie und wie lange halten Menschen das aus?

Die gesellschaftliche Anomie wird und muß zunehmen in dem Maße, wie immer mehr Menschen begreifen, daß sie tatsächlich überflüssig sind. Wenn, was die Anhänger der These von der sogenannten reflexiven Mo-

dernisierung ja sehr heftig bestreiten, der Gesellschaft die Arbeit im Sinne bezahlter Lohnarbeit ausgeht, wenn Millionen von Menschen, die die Arbeitsgesellschaft an arbeitsteilige, einfache und mehr oder weniger repetitive Tätigkeiten gewöhnt hat, nicht in der Lage sind, den Herausforderungen genannten Bedingungen der liberalisierten Ökonomie zu entsprechen, weil sie zu alt, zu schlecht ausgebildet und an den neuen Verhältnissen gemessen zu immobil sind – was dann?

Es gibt zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die darüber nachdenken, warum der insgesamt relativ hohe Anteil von Arbeitslosigkeit, den man vor Jahren noch für eine Katastrophe gehalten hat, inzwischen gewissermaßen akzeptiert wird. Und warum es trotzdem in der Gesellschaft noch vergleichsweise ruhig ist. Dazu gibt es verschiedene Thesen. Eine dieser Thesen lautet, daß die parallel zu dieser Entwicklung aufgebaute Erlebnisgesellschaft das kompensiert, daß die Flucht in sogenannte Erlebnisse oder Ereignisse dies ein Stück weit aufhält – Surrogatwelten, die aber längst nicht mehr als solche gesehen werden. Der Aufbau einer Erlebnisgesellschaft scheint besonders geeignet zu sein, anomische Prozesse zu überdecken.

Was sich anhört wie ein klassisches verschwörungstheoretisches Argument aus der Dialektik der Aufklärung. Aber auch die Teilnahme an der Erlebnisgesellschaft kostet Geld. Wenn man jedoch strukturell aus dem Gelderwerb via Lohnarbeit ausgeschlossen wird und bleibt, wenn es irgendwann kein Geld mehr gibt aus staatlichen Kassen, dann schließen Musicaltheater noch schneller, und den Multiplexkinos, Themenparks und Shopping Malls vom Typus CentrO fehlen Kunden und Umsatz. Noch einmal ganz einfach gefragt: Was dann?

Für die einen bietet sich an, die eigene Lebensphilosophie umzubauen nach dem Muster ‚Ich muß zwar so leben, aber im Grunde wollte ich das ja immer schon‘, mit anderen Worten: die unerwartete Situation zu rationalisieren. Kommt ein genügend ausgebildeter ökologischer Ideologiehaushalt dazu, also daß diese Lebensweise noch allen nützlich ist, dann läßt sich unter solchen Bedingungen durchaus vernünftig leben. Gesamtgesellschaftlich gesehen ist und bleibt das natürlich hoch risikoreich, weil man gar nicht weiß, in welcher Richtung solche Verarbeitungsprozesse tatsächlich ablaufen.

Die Arbeitslosigkeit in den USA liegt mit derzeit 4,2 Prozent weit unter den Zahlen aus den Ländern der Europäischen Union. Die Leute haben schlechte, unsichere und schlechtbezahlte Arbeitsplätze, aber sie haben Arbeit. Der zunehmend repressive Staat und die

Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze produzierten Anpassung und Einverständnis mit den gesellschaftlichen Durchschnittsnormen, zu denen selbstverständlich auch Ausgrenzung und Bestrafung gehörten – ein Klima, das Protest oder gar Widerstand auf Jahre auszuschließen scheint. Entsprechendes sei für die Länder Westeuropas zu erwarten. Wird die strukturelle Krise der Arbeitsgesellschaft eine gesellschaftliche Entsolidarisierung fördern, wie sie die global agierenden Konzerne und Finanzinstitute erwarten und benötigen, um ihre Ziele durchzusetzen?

Was die Entsolidarisierung in der kapitalistischen Moderne beziehungsweise im flexiblen Kapitalismus angeht, so beobachten wir ja vor allem eine Entsolidarisierung seitens der ökonomischen Eliten, die sich mitsamt der Konzerne aus den Solidargemeinschaften auszuklammern beginnen. Die Tarifpolitik, die Steuerpolitik belegt diese Tendenz. Richard Sennett hat ja in seinem Buch *Der flexible Mensch* deutlich beschrieben, wie die internen Mechanismen des neuen flexiblen Kapitalismus dazu führen, daß vor allem eine Entwertung von Erfahrung sich entwickelt. Diese Entwertung von Erfahrung ist natürlich hochgeradig angstbesetzt. Hinzuzufügen ist etwas Drittes: Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler sprechen es gnadenlos aus, wenn sie sagen: Wir können die Wirtschaft nur effektiv in Gang halten – die Amerikaner blicken da ja mitleidig auf Europa, insbesondere auf Deutschland –, wenn wir die Menschen wieder unter Angst setzen. Angst als strategisches Mittel. Kollektive im traditionellen Sinne – als Zwangsgemeinschaften mit einem hohen Grad von Selbstverständlichkeiten – gibt es in dieser Form nicht mehr als Herauslösung aus einem sozialen Schraubstock. Das, was unübersehbar auch positive Seiten hat, wird jetzt zum Problem, weil diese Gesellschaft inzwischen gesellschaftliche Probleme einfach in das individuelle Leid umlenken und entsprechend kanalisieren kann, anders gesagt: Die Ursachenzuschreibung gesellschaftlicher Probleme wird zunehmend individualisiert. Strukturelle Probleme werden in Befragungen zwar immer wieder genannt, bei genauerem Nachfragen werden aber ebensooft die Eigenanteile sehr stark betont. Neue Solidarierungsformen scheinen mir derzeit nicht in Sicht zu sein. Ich sage das unter einem entscheidenden Vorbehalt: Annahmen wie diese werden gerade von Sozialwissenschaftlern häufig formuliert und bekommen dann den Charakter von Prognosen. Glücklicherweise haben sich die meisten sozialwissenschaftlichen Prognosen als falsch erwiesen. Denken Sie nur daran, daß Jürgen Haber-

mas und Ludwig von Friedeburg am Vorabend der Achtundsechziger-Bewegung in ihrer bekannten Studie *Student und Politik* geradezu prognostiziert haben, wie apathisch die Generation der von ihnen beobachteten und untersuchten Studenten ist, und nicht damit gerechnet haben, was sich dann entwickelt hat. Man muß also immer damit rechnen, daß sich die Dinge ganz anders entwickeln.

In seinen Notizen zur *Passagen-Arbeit* skizziert Benjamin einen Gedanken, der dem „unerbittlichen Optimismus“ einer sich selbst reflexiv nennenden Moderne diametral entgegensteht. Dieser Gedanke – der unter Umständen einen überwiegend autobiographischen Hintergrund hat – könnte darauf hinauslaufen, das ‚Ideenwerk‘ einer zutiefst pessimistisch gestimmten Geschichtsphilosophie mit der Einsicht zu durchkreuzen, der zufolge die Katastrophe ist, „daß es ‚so weiter‘ geht“, sie folglich „nicht [als] das jeweils Bevorstehende, sondern [als] das jeweils Gegebene“ anzusehen.¹⁴ Wir sind Zeugen eines gesellschaftlichen Drucks, der die Schrauben immer mehr anzieht. Viele sehen das nicht so oder identifizieren sich vorseilend mit jeder, ihre Bewegungsfreiheit weiter beschränkenden Maßnahme, falls sie sie überhaupt als gefährlich oder auch nur als risikoreich ansehen. Mich belastet diese Bewegungslosigkeit der Gesellschaft unendlich. Am Ende unseres Gesprächs möchte ich Sie fragen, welche Voraussetzungen Ihres Erachtens gegeben sein müßten, um Benjamins Einsicht gesellschaftspolitisch praktisch werden zu lassen? Welche Katastrophen müßten als solche identifiziert werden, damit Gefahren abwendende Handlungsperspektiven sich im Wortsinne als notwendig erweisen?

Ich würde Ihnen zunächst einmal zustimmen darin, daß diese Bewegungslosigkeit wirklich beängstigend ist – obwohl viele ja meinen, wir seien vollständig in Bewegung. Ich denke, daß man in bestimmter Weise erstarrt ist. Ich bin mir allerdings nicht sicher, in welche Richtung das läuft ... für mich ist ein großes Problem der autoritäre Kapitalismus, der mit dieser Mischung aus Angsterzeugung und Sicherheitsdruck die Gesellschaft im Griff zu halten versucht.

14 Walter Benjamin, *Passagen-Werk*, in: *Gesammelte Schriften V.1*, Frankfurt am Main 1982, 592